

ANALYSE AUS SICHT DES MITTELSTANDS

BEWERTUNG DES KOALITIONSVERTRAGS „VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND“

Bewertung der Antworten



Forderungen des BVMW wurden
im vollen Umfang übernommen.



Stellt aus BVMW-Sicht eine
Verbesserung zum Status Quo dar.



Widerspricht den Interessen
des Mittelstandes.



Liebe Leserinnen und Leser,

nach intensivem Ringen haben sich Union und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Deutschland soll durch eine verantwortungsvolle Politik wieder zu einem Stabilitätsanker in einer krisengebeutelten Welt werden. Die gravierenden und strukturellen Herausforderungen des Mittelstandes wurden von den Vorgängerregierungen ignoriert oder sogar verschärft. Ein „Weiter so“ würde den deutschen Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft nachhaltig schädigen.

Der angestrebte Wechsel in der Wirtschaftspolitik, der das Prinzip des Förderns und Forderns wieder zum Leitbild der Sozialpolitik macht, der bürokratische Hürden in großem Stil abbaut, Steuern und Energiepreise senkt und Investitionen nicht mehr politisch getrieben, sondern marktwirtschaftlich fördert, gibt daher Anlass zur Hoffnung.

Allerdings bleibt der Koalitionsvertrag bei zentralen und aktuellen Herausforderungen blass. So senden die Pläne zur Stabilisierung der Rentenhöhe und zu den Sozialversicherungen angesichts massiver Beitragserhöhungen ein inakzeptabel gefährliches Signal an Unternehmen und Beschäftigte. Hier muss dringend nachgebessert werden, um das Renten- und Gesundheitssystem vor dem wirtschaftlichen Kollaps zu bewahren und Unternehmen und ihre Beschäftigten zu entlasten.

Zu kritisieren ist auch, dass die geplanten Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Dieser droht zum Spielball parteitaktischer Auseinandersetzungen zu werden und birgt ein hohes Eskalationspotenzial. Koalitionsinterne Streitigkeiten müssen unbedingt vermieden werden. Welche Folgen dies haben kann, hat uns die Ampelregierung eindrucksvoll bewiesen.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen ist in vielen Fällen eine gezielte Berücksichtigung des Mittelstandes erforderlich. Die Wirtschaftswende kann nur gelingen, wenn die Maßnahmen von den Leistungsträgern unserer Gesellschaft genutzt und umgesetzt werden können. Der BVMW wird sich daher intensiv für eine mittelstandsfreundliche Umsetzung des Koalitionsvertrages einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Senator a. D. Christoph Ahlhaus
Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung

4 Neues Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gemeinsame Kraftanstrengung

4 Wirtschaft und Industrie
Ansprechperson: Dr. Hans-Jürgen Völz

6 Arbeit und Soziales
Ansprechperson: Martin Holderied

9 Verkehr und Infrastruktur
Ansprechperson: Marie-Theres Husken

12 Klima und Energie
Ansprechperson: Marie-Theres Husken

17 Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat

17 Haushalt, Finanzen und Steuern
Ansprechperson: Jasper Lücke

20 Bürokratierückbau und Staatsmodernisierung
Ansprechperson: Jasper Lücke

23 Digitales
Ansprechperson: Marina Hadrys

24 Bildung, Forschung und Innovation
Ansprechpersonen: Marina Hadrys, Martin Holderied

26 Sicheres Zusammenleben

26 Recht
Ansprechperson: Jasper Lücke

27 Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie

27 Familien, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie
Ansprechperson: Martin Holderied

27 Gesundheit und Pflege
Ansprechperson: Martin Holderied

Neues Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gemeinsame Kraftanstrengung

Wirtschaft und Industrie

Ansprechperson: Dr. Hans-Jürgen Völz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Innovationsschub für die Wirtschaft		
<ul style="list-style-type: none"> » Prüfung einer Gründerschutzzone » Digitaler One-Stop-Shop für Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden 	<ul style="list-style-type: none"> » One-Stop-Shop für Gründungsprozess gefordert, die Prüfung einer Gründerschutzzone ist allerdings nicht ausreichend » Erleichternde Ausnahmen für Neugründungen bei Dokumentations- und Berichtspflichten (min. in den ersten Gründungsjahren) sind notwendig 	
Investitionsoffensive		
<ul style="list-style-type: none"> » Einführung eines Deutschlandfonds mit mind. zehn Milliarden Euro, der durch private Investoren auf über 100 Milliarden Euro gehebelt werden soll, insb. für Mittelstand und Scale-ups » Verstärkung des Zukunftsfonds über 2030 hinaus » Ausbau der WIN-Initiative (Ziel: Investitionen auf über 25 Milliarden Euro mehr als verdoppeln) » Öffnung öffentlicher Finanzierungsprogramme für Sicherheits- und Verteidigungstechnologie 	<ul style="list-style-type: none"> » Der Mittelstand muss in Innovationsprogramme stärker eingebunden werden » Innovationen müssen marktorientiert gefördert werden » Finanzielle Unterstützung zur Förderung von Gründung aus der Praxis heraus 	
Industriestandort Deutschland stärken		
<ul style="list-style-type: none"> » Wettbewerbsfähige Energiepreise für Industrie » Dauer Genehmigungsverfahren Industrieanlagen verkürzen » Carbon Leakage verhindern » Vereinfachung CBAM » Beihilferecht verschlanken » Förderregeln für Industrieansiedlung » Stahlindustrie zukunftsfähig machen » Chemieagenda 2045 erarbeiten 	<ul style="list-style-type: none"> » Wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise auch für KMU » Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren » Maßnahmen zur Verhinderung von Carbon Leakage und zur Stärkung der heimischen Industrie » Vereinfachung von Nachhaltigkeitsberichterstattung » Vereinfachung des Beihilferechts » Maßnahmen zur Transformation der mittelständischen Wirtschaft 	
Automobilindustrie		
<ul style="list-style-type: none"> » Schlüssel-Industrie » Strafzahlungen aufgrund von Flottengrenzwerten abwehren » Steuerliche Begünstigung elektrische Dienstwagen bis 100.000€ » Sonderabschreibung E-Fahrzeuge » Kfz-Steuerbefreiung für E-Autos bis 2035 » EU-Klimasozialfonds nutzen für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen zum Umstieg auf klimafreundliche Mobilität » Förderung für Hybride und Range-Extender » Ausbau und Finanzierung der Ladeinfrastruktur fördern » LKW-Maut Befreiung für emissionsfreie LKW über 2026 hinaus » Förderung Wasserstoff-Ladeinfrastruktur für Nutzfahrzeuge » Autonomes Fahren in den Regelbetrieb » Batteriezellfertigung fördern 	<ul style="list-style-type: none"> » Klimaneutrale Antriebe fördern » Autonomes Fahren stärken, besonders digitaler Beifahrer bei Großraum- und Schwerlasttransporten » Ladeinfrastruktur ausbauen 	

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Maritime Wirtschaft		
<ul style="list-style-type: none"> » Europäische maritime Strategie » Wettbewerbsfähige Hafeninfrastruktur mit guter Hinterlandanbindung » Einstieg deutscher Werften in Produktion von Offshore-Konverter-Plattformen unterstützen » Nationale Hafenstrategie als gesamtstaatliche Aufgabe » Einheitliche Tonnagesteuer für Hochseeschifffahrt in EU 	<ul style="list-style-type: none"> » Mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern » Verbesserung der Hinterlandanbindung und letzter Meile 	
Rohstoffe		
<ul style="list-style-type: none"> » Primärrohstoffverbrauch so weit wie möglich reduzieren » Heimische und europäische Rohstoffe besser nutzen » Importe diversifizieren » Kreislaufwirtschaftsstrategie pragmatisch umsetzen » Digitalisierungsinitiative zur Schließung von Stoffkreisläufen » Gewinnung und Weiterverarbeitung kritischer Rohstoffe in Europa unterstützen » Zusätzliche Mittel für nationalen Rohstofffonds » Gewinnung von Salz und Lithium auf EU Ebene verbessern » Bevorratung erleichtern 	<ul style="list-style-type: none"> » Stärkere Nutzung von Sekundärrohstoffen » Stärkung heimische Rohstoffnutzung » Praxisnahe Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie 	
Mittelstand, Handwerk und Selbstständige		
<ul style="list-style-type: none"> » Bürokratieabbau durch Abbau von Schriftformanfordernissen (insb. im Arbeitsrecht) » Moratorium von mind. zwei Jahren für alle neuen rechtlichen Statistikpflichten » Umstellung zur Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer auf Verrechnungsmodell » Unterstützung der Betriebsübergaben und Existenzgründungen im Handwerk » Fachkräftemangel durch beschleunigte Erteilung von Arbeitsgenehmigungen verringern » Bürokratieabbau, weniger Dokumentationspflichten, mittelstandsgerechte Normen und Standards, reduzierte Nachweisführung, erleichterter Zugang zu Innovationsprogrammen » Fördercontrolling zur Überwachung von Förderprogrammen, neue Programme anhand von Leistungsindikatoren » Zeitnahe Abschluss der Überprüfung ausgezahlter Corona-Hilfen (über Schwellenwertfestsetzung und Stichprobenprüfung) 	<ul style="list-style-type: none"> » Entbürokratisierung von Förderprogrammen » Marktorientierte Förderung von Innovationen » Abschwächung Meisterpflicht für vereinfachte Gründung im Handwerk 	
Einzelhandel		
<ul style="list-style-type: none"> » Schutz vor Flutung europäischer Märkte mit billigen Konsumgütern aus Fernost » Einsatz für Sperrung von E-Commerce-Accounts auf EU-Ebene, wenn sie europäische Produktstandards nicht erfüllen 	<ul style="list-style-type: none"> » Fairen Wettbewerb schützen 	

Arbeit und Soziales

Ansprechperson: Martin Holderied

Arbeits- und Fachkräftesicherung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie		
<ul style="list-style-type: none"> » Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen » Prüfung eines Familienbudgets für Alltagshelfer 	<ul style="list-style-type: none"> » Maßnahmen zur Erwerbsbeteiligung von Frauen sind elementar » Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie eine Reform des Ehegattensplittings 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Fachkräfteeinwanderung		
<ul style="list-style-type: none"> » Gründung einer „Work-and-stay-Agentur“ zur Digitalisierung und Zentralisierung von Prozessen. » Einheitliche Anerkennungsverfahren innerhalb von acht Wochen. » Angebotsausbau von Berufssprachkursen. 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht Kernforderungen des BVMW in der Fachkräfteeinwanderung 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
Beschäftigung von Schutzsuchenden		
<ul style="list-style-type: none"> » Reduzierung des Arbeitsverbotes für Schutzsuchende auf drei Monate » Schnelle und nachhaltige Integration von Geflüchteten 	<ul style="list-style-type: none"> » Eine bessere Integration von Schutzsuchenden wurde vom BVMW im Positionspapier „Fach- und Arbeitskräftemangel“ gefordert 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

Sozialleistung und bürgerfreundlicher Sozialstaat

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Sozialleistungen		
<ul style="list-style-type: none"> » Zusammenfassen und abstimmen verschiedener Sozialleistungen (z.B. Wohngeld und Kindergeld) » Einsetzen einer Kommission zur Entbürokratisierung der Verwaltung des Sozialstaates 	<ul style="list-style-type: none"> » Befürworten von Einsparungen durch Effizienzhebungen im Verwaltungsapparat » Das Einsetzen einer Kommission kostet wertvolle Zeit 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Reform des Statusfeststellungsverfahrens		
<ul style="list-style-type: none"> » Rechtssichere und transparente Reform » Verhinderung von Scheinselbstständigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> » Das Statusfeststellungsverfahren ist reformbedürftig » Plattformrichtlinie der EU gestaltet dies sehr komplex. Ein Lösungsweg ist noch nicht sichtbar 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Bürokratieabbau im SGB-Bereich		
<ul style="list-style-type: none"> » „Once-Only-Prinzip“ – Bürger und Unternehmer müssen ihre Daten im Kontakt mit den Sozialversicherungen nur einmal eingeben. Diese können dann von Verwaltungen medienbruchfrei gelesen werden. » Einführung von Praxischecks und Reduzierung von Berichtspflichten und Datenerhebung im SGB Bereich 	<ul style="list-style-type: none"> » Maßnahmen, die bürokratischen Aufwand verkleinern oder abschaffen, begrüßen wir grundsätzlich 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

Arbeitsschutz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Arbeitsschutz		
<ul style="list-style-type: none"> » Prävention von psychischen Erkrankungen » Prüfung auf Wirksamkeit von Instrumenten des Arbeitsschutzes 	<ul style="list-style-type: none"> » Die mit der Prüfung der Arbeitsschutzinstrumente verbundene bürokratische Entlastung begrüßen wir 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
Sanitärinfrastruktur		
<ul style="list-style-type: none"> » Kostenfreier Zugang zu Sanitärinfrastruktur auf Bundesautobahnen 	<ul style="list-style-type: none"> » Erfüllen einer Forderung des Kommission Mobilität und Logistik 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

Europa

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Europäische Sozialversicherungspolitik		
<ul style="list-style-type: none"> » Unterstützung des Projektes „Faire Mobilität“ » Unterstützen des europäischen Sozialversicherungsausweises » Reform der eDeclaration und Bündelung mit A1 Verfahren » Ablehnen einer europ. Arbeitslosenversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> » Wichtige Schritte in die richtige Richtung » Ein konkreter Weg dahin ist noch nicht ersichtlich 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>

Arbeitsmarktpolitik und neue Grundsicherung für Arbeitssuchende

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Grundsicherung		
<ul style="list-style-type: none"> » Zurück zu Fördern und Fordern » Stärkung der Vermittlung in Arbeit » Qualifizierung bei Vermittlungshemmnissen » Mitwirkungspflichten und Sanktionen bei fehlender Kooperation 	<ul style="list-style-type: none"> » Arbeit muss sich immer lohnen » Vermittlung in Arbeit hat angesichts des Arbeitskräftemangels Vorrang 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
Förderung der beruflichen Ausbildung		
<ul style="list-style-type: none"> » Qualifizierungsoffensive zur Unterstützung junger Menschen beim Berufseinstieg » Berufsorientierung in Schulen in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jugendberufsagenturen 	<ul style="list-style-type: none"> » Dies entspricht den Positionen des BVMW 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

Mindestlohn und Stärkung der Tarifbindung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Mindestlohn		
<ul style="list-style-type: none"> » Festhalten an unabhängiger Mindestlohnkommission » Mindestlohnentwicklung gemessen an Tarifentwicklung und dem Bruttomedianlohn 	<ul style="list-style-type: none"> » Befürworten der Stärkung der Mindestlohnkommission » Ablehnen des Abstellens auf die Bruttomedianlohnentwicklung, die auf der juristisch umstrittenen Mindestlohnrichtlinie der EU basiert 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Bundestariftreuegesetz		
<ul style="list-style-type: none"> » Für Vergaben des Bundes ab 50.000€ » Für Startups mit innovativen Leistungen 100.000€ » Bürokratiearm, wenig Nachweispflichten, wenig Kontrollen 	<ul style="list-style-type: none"> » Ein Bundestariftreuegesetz macht die ohnehin geringe Beteiligung von KMU an der öffentlichen Vergabe unattraktiver 	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>
Arbeitszeitgesetz		
<ul style="list-style-type: none"> » Wöchentliche statt Tageshöchst Arbeitszeiten » Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung » Angemessene Übergangsregeln für KMU 	<ul style="list-style-type: none"> » Wir begrüßen die Einführung der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit » Die Einführung einer verpflichtenden elektronischen Zeiterfassung birgt jedoch teils erhebliche monetäre Kosten für KMU 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Steuerfreie Überstunden		
<ul style="list-style-type: none"> » Zuschläge für Mehrarbeit werden steuerfrei gestellt » Steuerliche Anreize zur Ausweitung von Teilzeitschäftigung 	<ul style="list-style-type: none"> » Der BVMW begrüßt Maßnahmen, die das Arbeitsangebot ausweiten 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
Betriebsverfassungsgesetz und Gewerkschaften		
<ul style="list-style-type: none"> » Weiterentwicklung der Mitbestimmung » Online-Wahl von Betriebsräten » Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften 	<ul style="list-style-type: none"> » Unklarheit darüber was mit der Weiterentwicklung der Mitbestimmung gemeint ist » Wir sprechen uns gegen ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften aus 	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>

Rente Alterssicherung, Reha, Sozialversicherungen und Selbstverwaltung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Rentenniveau bei 48% und Rente mit 63 Jahren		
<ul style="list-style-type: none"> » Steuerfinanzierte Absicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031 » Rentenkommission soll eine neue Kenngröße über alle drei Säulen hinweg prüfen » Abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird weiterhin ermöglicht 	<ul style="list-style-type: none"> » Rentenniveau von 48% bindet immer mehr Steuergelder, die für staatliche Investitionen in die Transformation benötigt werden » Falsche Anreize durch Rente mit 63 	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>
Mütterrente		
<ul style="list-style-type: none"> » Vollendung der Mütterrente mit drei Rentenpunkte unabhängig vom Geburtsjahr, finanziert aus Steuermitteln 	<ul style="list-style-type: none"> » Bindet Steuermittel ohne das zugrunde liegende Problem, drohende Altersarmut von Müttern, wirklich zu beheben 	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>
Frühstartrente		
<ul style="list-style-type: none"> » Für jedes Kind zwischen sechs und 18 Jahren werden 10€ pro Monat in ein Altersvorsorgedepot eingezahlt » Kann später weiter privat bespart werden » Depot wird mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt 	<ul style="list-style-type: none"> » Befürwortung von Maßnahmen, die Anreize zur privaten Altersvorsorge setzen » Trotzdem: Frühstartrente wird wenig Effekt haben 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Betriebliche Altersvorsorge		
<ul style="list-style-type: none"> » Stärkung der bAV und Förderung der Verbreitung in KMU » Geringverdienerförderung verbessern » Erhöhung der Portabilität 	<ul style="list-style-type: none"> » Gesetzgeber soll die Reform der privaten Altersvorsorge priorisieren 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Aktivrente		
<ul style="list-style-type: none"> » 2.000€ im Monat bei Weiterarbeit nach Renteneintritt steuerfrei » Aufheben des Vorbeschäftigungsverbot » Prüfung von Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Hinterbliebenenrente und Grundsicherung 	<ul style="list-style-type: none"> » Das entspricht vollumfänglich der BVMW Position, da es das Arbeitsangebot ausweitet 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
Alterssicherung für Selbstständige		
<ul style="list-style-type: none"> » Alle neuen Selbstständigen, die keinem obligatorischen Alterssicherungssystem zugeordnet sind, sollen gründerfreundlich in die GRV einbezogen werden 	<ul style="list-style-type: none"> » Unklar, was gründerfreundlich bedeutet » Um Selbstständige für das Alter abzusichern, wäre die Reform der privaten Altersvorsorge zweckdienlicher 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
Prävention vor Reha vor Rente		
<ul style="list-style-type: none"> » Flächendeckende Umsetzung des „Ü40-Checks“ » Betriebliches Eingliederungsmanagement aufgrund psychischer Erkrankungen stärken und Bekanntheit in KMU fördern 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht der Position des BVMW zum BGM und BGF 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>

Verkehr und Infrastruktur

Ansprechperson: Marie-Theres Husken

Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Start der Europäischen Initiative zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung » Fortsetzung Nationaler „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung » Einheitliches Verfahrensrecht („one-for many“) für Infrastrukturvorhaben schaffen » Flexibilisierung formalisierter Verfahren, Reduzierung der Verfahrensstufen, um Doppelprüfungen abzubauen » Fakultative Ausgestaltung von Erörterungsterminen » Ein Verfahren wird in dem Recht beendet, in dem es begonnen wurde: Einführung verbindlicher Stichtagsregelung zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Planungsprozess » Identischer, erweiterter und vollseitiger Ersatzneubau bei Infrastrukturvorhaben werden von Pflicht eines Planfeststellungsverfahrens ausgenommen » Nur einmalige Prüfung von Beteiligungen der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sowie Prüfungen » Zulassung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns für wesentliche Infrastrukturvorhaben zur Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur im laufenden Planverfahren » Erleichterung von Ausweisung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die Vernetzung von Ausgleichsmaßnahmen (Biotop-Verbund) in Naturflächenbedarfsgesetz » Anwendung bundeseinheitlicher Populationsansatz bei Arten- und Naturschutz » Vollständige Digitalisierung Planungs- und Genehmigungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> » Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, insbesondere im Groß- und Schwerlasttransport » Abbau von Hemmnissen in Verfahren für Großprojekte » Digitalisierung der Verfahren » Zügige Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten » Once-only-Prinzip: Unterlagen und Informationen sollen nur einmal an eine Behörde gegeben werden müssen 	<div> <div></div> <div></div> <div></div> </div>

Verkehr

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Finanzierung u. Autobahn GmbH <ul style="list-style-type: none"> » Einführung von Finanzungskreisläufen für Verkehrsträger, Einnahmen kommen dem jeweiligen Verkehrsträger zugute » Drei-Säulen-Modell aus Haushaltsmitteln, Nutzerfinanzierung und privatem Kapital » Autobahn GmbH wird begrenzt kreditfähig und Lkw-Mauteinnahmen zur Verfügung gestellt (Einnahmekompetenz) » Finanzmittel zur Auflösung des Sanierungsstaus werden insbesondere bei Brücken und Tunneln zur Verfügung gestellt 	<ul style="list-style-type: none"> » Stärken der Verkehrsträger gezielt fördern » Einbindung von privatem Kapital in Infrastrukturprojekte » Moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für wettbewerbsfähige Wirtschaft 	<div> <div></div> <div></div> <div></div> </div>

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Schiene		
<ul style="list-style-type: none"> » Steigerung der Investitionen in das deutsche Schienennetz » Haupt- und Nebenstrecken sowie die Großknoten und die durch die Regionalisierungsmittel geförderten Großprojekte gleichermaßen ausbauen » Entwicklung Infraplan als gesetzliches Steuerungsinstrument mit entsprechenden, verbindlichen Finanzierungszusage („Eisenbahninfrastrukturfonds“) » Sanierungskonzept der Hochleistungskorridore (HLK) wird fortlaufend überprüft und angepasst » HLK-Sanierung wird aus dem Sondervermögen Infrastruktur finanziert und an dessen Laufzeit gekoppelt » Investitionen in die Digitalisierung werden mit einem Schwerpunkt auf digitale Stellwerke und eine flächendeckende ETCS-Ausrüstung priorisiert » Elektrifizierung ist Klimaschutz: Wir werden sie beschleunigen und auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis verzichten » Digitalisierung und die Elektrifizierung finanzieren wir aus dem KTF » Programme zur Modernisierung von Bahnhöfen, zur Schaffung von Barrierefreiheit und zum Lärmschutz werden fortgesetzt » Aus- und Neubau werden wir etappenweise und fahplanorientiert einen integrierten stabilen Takt zwischen Nah- und Fernverkehr unter Einbeziehung des Schienengüterverkehrs (Deutschlandtakt) 	<ul style="list-style-type: none"> » Mehr Güterverkehr auf die Schiene » Mehr Investitionen in Schienenausbau » Digitalisierung der Schieneninfrastruktur » Umsetzung der Elektrifizierungsagenda 	
Straße		
<ul style="list-style-type: none"> » Fahrausbildung reformieren, um den Führerscheinwerb bezahlbarer zu machen » Orientierung im Straßenverkehr am Zielbild der Vision Zero » Rad- und Fußverkehr als Bestandteil nachhaltiger Mobilität stärken und fördern » Eurovignetten-Richtlinie: Prüfung, wie Mehrfachbelastungen des Straßengüterverkehrs durch die CO₂-Bepreisung reduziert werden können » Fahrermangel: Reform der Berufskraftfahrerqualifikation und attraktivere Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel gut ausgestatteten Lkw-Stellplätzen und besseren Kontrollen von Sozialstandards » Beschleunigung Genehmigung von Schwerlast- und Großraumtransporten » Mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern 	<ul style="list-style-type: none"> » Infrastruktur erhalten, verbessern und wo nötig ausbauen » Fahrermangel: attraktivere Rahmenbedingungen, Führerscheinreform und autonomes Fahren » Mehr Güterverkehr auf Schiene » Wandel zu nachhaltigem Verkehr inkl. CO₂-Reduzierung wo immer möglich 	
Wasserinfrastruktur		
<ul style="list-style-type: none"> » Ertüchtigung der Infrastruktur aus Wasserstraßen, Schleusen, See- und Binnenhäfen; auskömmliche zusätzliche Finanzierung mit Planungssicherheit für notwendige Investitionen » Die Nationale Hafenstrategie wird umgesetzt » Festhalten an bestehenden Bundesverkehrswegeplan und den Verfahren zu seiner Aufstellung und Überprüfung, ebenso am Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht den Forderungen des BVMW 	

Vorhaben laut Koalitionsvertrag

Position des BVMW

Bewertung

Bahnreform

- » DB InfraGO vom DB-Konzern weiter entflechten
- » Finanzierung der Schieneninfrastruktur soll neben dem Sondervermögen weiterhin aus dem Bundeshaushalt erfolgen, ergänzt durch Einnahmen aus den Trassenentgelten
- » Trassenpreissystem reformieren
- » DB Cargo prüfen, wie ihre Marktfähigkeit kurzfristig wiederhergestellt werden kann
- » Transformation des Einzelwagenverkehrs kombiniert mit einem Hub-System prüfen und entwickeln

- » Nachhaltige und verlässliche Finanzierung der Schiene
- » Reform des Trassenpreissystems
- » Notwendigkeit eines leistungsfähigen Schienengüterverkehrs
- » Integration innovativer Logistiksysteme



ÖPNV

- » Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden Bund und Länder die ÖPNV Finanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen und einen Modernisierungspakt starten
- » Regionalisierungsmittel vorrangig als Bestellmittel für den Schienenpersonennahverkehr nutzen
- » Status quo sichern, steigende Kosten auffangen und Spielräume für neue Verkehre schaffen
- » Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird vereinfacht und entbürokratisiert, für innovative Ansätze (zum Beispiel Magnetschwebbahn) geöffnet und der barrierefreie Ausbau von Bahnhöfen erleichtert
- » GVFG-Mittel schrittweise deutlich aufstocken und den Fördersatz erhöhen
- » Deutschlandticket wird über 2025 hinaus fortgesetzt. Dabei wird der Anteil der Nutzerfinanzierung ab 2029 schrittweise und sozialverträglich erhöht
- » Förderung der Flottenumrüstung auf klimaneutrale Busse im ÖPNV

- » Konkurrenz ÖPNV und Güterverkehr beheben
- » Lösungen für das Problem des gebrochenen Verkehrs
- » Stärkung autonomes Fahren im ÖPNV
- » Steuerlich begünstigtes Mobilitätsbudget für Unternehmen
- » Interkommunale und flexible ÖPNV-Konzepte im ländlichen Raum fördern



Ladeinfrastruktur

- » Flächendeckenden Ausbau von Pkw- und Lkw-Ladeinfrastruktur vorantreiben und Förderung erhöhen
- » Einbeziehung Laden an Betriebshöfen und Depots
- » Preistransparenz und technische Vereinheitlichung an öffentlichen Ladesäulen

- » Ladeinfrastruktur ausbauen
- » Ladeinfrastruktur öffentlich als auch auf Betriebsgeländen zur Verfügung stellen



- » Deutschland zum Leitmarkt für autonomes Fahren und mit den Ländern Modellregionen entwickeln und mitfinanzieren
- » Rahmenbedingungen weiterentwickeln für Nutzung von Mobilitäts-, Fahrzeug- und Lkw-Mautdaten
- » Die Mobilitätsangebote auf den unterschiedlichen Verkehrsträgern besser vernetzen

- » Autonomes Fahren vorantreiben (auch autonomer Beifahrer im GST Bereich)
- » Verkehrsdaten zur Vernetzung der Verkehrsträger nutzen
- » Logistik als Querschnittsthema betrachten, nicht isoliert



Klima und Energie

Ansprechperson: Marie-Theres Husken

Klimaschutz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Deutsche und europäische Klimaziele		
<ul style="list-style-type: none"> » Beibehaltung Klimaneutralität 2045 » Klimaschutz mit Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Ausgewogenheit zusammenbringen » Vorrangig CO₂ und andere Treibhausgase reduzieren » Nicht mehr reduzieren als vorgegeben » Max. 3% des 2040 Ziel durch Projekte in außer-europäischen Partnerländern erreichen » Carbon Leakage Schutz für Erhalt der industriellen Wertschöpfung 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht den Forderungen des BVMW 	<div> <div></div> <div></div> <div></div> </div>


Emissionshandel

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » European Green Deal und Clean Industrial Act weiterentwickeln » Außereuropäische Länder für CO₂-Bepreisung gewinnen » Einführung ETS 2 wird unterstützt » Fließender Übergang von BEHG in ETS 2 » Instrumente zur Vermeidung von Preissprüngen bei Unternehmen » CO₂-Einnahmen zurückgeben an Verbraucher und Unternehmen » Kein Opt-in für Landwirtschaft bei ETS2 	<ul style="list-style-type: none"> » Unterstützt Ziele des Green Deal und Clean Industrial Act, aber es braucht wettbewerbsfähige Umsetzung » Unternehmen mit Geld aus den CO₂-Einnahmen bei Transformation unterstützen 	<div> <div></div> <div></div> <div></div> </div>


Energiepolitik

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Energiewende » Entbürokratisierung, Mieterstrom, Bürgerenergie, Energy Sharing » Alle Potenziale der Erneuerbaren nutzen » Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft und aus Erneuerbaren hergestellte Moleküle » Abwasserwärme, Wärmerückgewinnung, Flugwindkraft / Höhenwindenergie » Monitoring bis Sommer 2025: erwartender Strombedarf, Stand Versorgungssicherheit, Netzausbau, Ausbau Erneuerbaren Energien, Digitalisierung, Wasserstoffhochlauf » Ausrichtung auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit » Dauerhaft niedrige, planbare u. international wettbewerbsfähige Energiekosten » Zusammenspiel Ausbau Erneuerbare, Kraftwerksstrategie, gezielter u. netzdienlicher Netz- und Speicherausbau, Flexibilitäten und effizienter Netzausbau » Europäische Energieunion in Vollendung des Energiebinnenmarktes » Keine neuen Abhängigkeiten bei Erneuerbaren und bestehende durch heimische Produkte abbauen 	<ul style="list-style-type: none"> » Eigenverbrauch und Energy Sharing in allen Bereichen steigern » Alle Potenziale der Erneuerbaren sinnvoll nutzen » Wettbewerbsfähige Strompreise für den Mittelstand » Netzausbau systemdienlich voranbringen » EU-Energiebinnenmarkt ausweiten » Heimische Produzenten von Erneuerbaren Anlagen fördern 	<div> <div></div> <div></div> <div></div> </div>


Energiepreise

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » 5 Cent pro kWh Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern » Stromsteuer umgehend auf europäisches Mindestmaß senken » Umlagen u. Netzentgelte reduzieren » Netzentgelte dauerhaft deckeln » Strompreiskompensation dauerhaft verlängern und ausweiten (Rechenzentren) » Einführung Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen » Gasspeicherumlage abschaffen » Langfristige, diversifizierte, günstige Gaslieferverträge » Potenziale konventioneller Gasförderung im Inland nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> » Wettbewerbsfähige Preise für den Mittelstand » Stromsteuer auf EU Mindestmaß senken » Netzentgelte senken » Unterstützung von energieintensiven KMU » Industriestrompreis nur, wenn KMU mit einbezogen werden 	


Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Bund-Länder-Prozess zur Umsetzung des Pakts für Planungs-, Umsetzungs-, und Genehmigungsbeschleunigung fortführen » Zügige Umsetzung Erneuerbare-Energien-Richtlinie III » Prüfung der Vereinfachung aus Beschleunigungsgebieten auf Infrastrukturprojekte der Energiewende anwenden 	<ul style="list-style-type: none"> » Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen 	

Netze

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Ausbau und die Modernisierung der Netze werden kosteneffizient vorangebracht und mit dem Erneuerbaren-Ausbau synchronisiert » Stärkung der Übertragungs- und Verteilnetze » Digitalisierung der Netze » Smart-Meter Rollout beschleunigen » Dynamische Stromtarife stärken » Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze (HGÜ), wo möglich, als Freileitungen umsetzen » Kosten für Netzanschlüsse für bestehende Unternehmensstandorte zur Transformation senken » Physikalische Direktversorgung der Industrie ausweiten » Festhalten an einheitlicher Stromgebotszone 	<ul style="list-style-type: none"> » Netzausbau an neue dezentrale Art der Energieversorgung anpassen » Netzanschlüsse bei Unternehmen ausbauen 	

Flexibilisierung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Systemdienliche Speicherkapazitäten ausbauen » Systemdienliche Nutzung von E-Autos und Heimspeichern vorantreiben » Bidirektionales Laden und Laden am Arbeitsplatz unterstützen » Ansiedelung großer Abnehmer wie Speicher oder große Erzeuger Erneuerbarer dort anreizen wo es dem Netz nützt » Energiespeicher werden als im überragenden öffentlichen Interesse anerkannt und privilegiert » Mehrfachbelastung durch Steuern, Abgaben und Entgelte werden weit möglich abgeschafft » Erleichterung regionale Nutzung von ansonsten abgeregelten Stroms 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht den Forderungen des BVMW 	

Finanzierung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
» Investitionsfonds für Energieinfrastruktur aus öffentlichen Garantien und privatem Kapital	» Aktivierung von privatem Kapital	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

Erneuerbare Energien

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
» Entschlossener Ausbau der Erneuerbaren und Erschließung Geothermie » Potenziale klimaneutraler Moleküle nutzen » Gesicherter Investitionsrahmen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten im Einklang mit europäischen Vorgaben	» Ausbau der Erneuerbaren fortsetzen » Biokraftstoffe nur da, wo nicht elektrifiziert werden kann » Europäisch koordinieren	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>

Solarenergie

» Förderung von Solarenergie in Verbindung mit Speichern systemdienlich ausgestalten » Anreize für Bestandsanlagen zur netz- und systemdienlichen Einspeisung » Anmeldeverfahren digitalisieren und standardisieren » Flächenschonung und Doppelnutzung (Parkplatz-, Agri- und Floating-PV)	» Ausbau von Solarenergie unbürokratisch fördern » Eigennutzung stärken » System- und Netzdienlichkeit stärken » Speicherung mitdenken und umsetzen	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	--	--

Windenergie

» Ausbau fortsetzen » Zwischenziele für Windflächenbedarfsgesetzes für 2027 bleiben unberührt » Flächenziele für 2032 evaluieren » Sicherstellung Steuerungswirkung von Windenergiegebieten » Synchronisation Windkraft- und Netzausbau » Bürgerstrom rechtlich erleichtern » Schutz von Genehmigungsbehörden vor überbordender Schadensersatzforderungen » Natur- und Artenschutz frühzeitig in Regionalplanung einbeziehen » Begrenzung zulässige Höhe der Flächenpachten für EEG geförderte Anlagen » Kooperation im Offshore-Bereich mit anderen Nordseeanreinerstaaten » Erzeugungsoptimale Flächenkulissen entwickeln » Hybriden Offshore-Netzanschluss/ Interkonnektor realisieren » Ermöglichung hybride Anbindung (Kabel und H2-Pipeline) von Windparks im Windenergie-auf-See-Gesetz	» Ausbau der Windenergie vorantreiben » Genehmigungen beschleunigen und entschlacken » An Netzausbau anpassen	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

Bioenergie

» Flexibilitätspotenzial von Biomasse heben » Reststoffe besser nutzen » kleine und wärmegeführte Anlagen stärker berücksichtigen	» Entspricht den Forderungen des BVMW	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---------------------------------------	--

Wasserkraft

» Bestehende Potenziale von Wasserkraft und Pumpspeicherwerken anheben	» Entspricht den Forderungen des BVMW	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---------------------------------------	--

Vorhaben laut Koalitionsvertrag**Position des BVMW****Bewertung****Geothermie**

- » Verbessertes Geothermie-Beschleunigungsgesetz auf den Weg bringen
- » Geeignete Instrumente für die Absicherung des Fündigkeitsrisikos einführen
- » Gemeinsamer Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Potenziale

- » Entspricht den Forderungen des BVMW

**Kraftwerksstrategie****Vorhaben laut Koalitionsvertrag****Position des BVMW****Bewertung**

- » Bau von 20GW Gaskraftwerksleistung bis 2030
- » Vorrangig an bestehenden Standorten
- » Regional nach Bedarf steuern
- » Technologieoffener und marktwirtschaftlicher Kapazitätsmechanismus
- » Freie Kapazitäten von KWK-Anlagen stärker nutzen

- » Sichere und nachhaltige Energieversorgung
- » Wettbewerbsfähige Strompreise für den Mittelstand
- » Keine Überdimensionierung der Gaskraftwerke

**CCU und CCS****Vorhaben laut Koalitionsvertrag****Position des BVMW****Bewertung**

- » Ergänzen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren
- » Gesetzespaket für Abscheidung, Transport, Nutzung und Speicherung von Kohlendioxid für schwer vermeidbare Emissionen des Industriesektors und Gaskraftwerken
- » Feststellung überragendes öffentliches Interesse für Bau der Anlagen
- » Ratifizierung London-Protokoll & Schaffung bilateraler Abkommen mit Nachbarländern
- » CO₂-Speicherung offshore außerhalb des Küstenmeeres in der ausschließlichen Wirtschaftszone; onshore wo geologisch geeignet und akzeptiert -> Länderöffnungsklausel
- » Direct Air Capture als Zukunftstechnologie

- » CCS und CCU dort anbringen wo CO₂-Ausstoß nicht vermeidbar ist
- » Nicht als Mittel zur Umgehung der CO₂-Reduzierung nutzen




**Wasserstoff****Vorhaben laut Koalitionsvertrag****Position des BVMW****Bewertung**

- » Langfristig: klimaneutralen Wasserstoff aus verschiedenen Quellen im In- und Ausland
- » Überregulierung zurückführen
- » Wasserstofferzeugung über große systemdienliche Elektrolyseanlagen
- » Energiepartnerschaften, grenzüberschreitende und Inlandsinfrastruktur für Importe von Wasserstoff und Derivaten ausbauen
- » Auch deutsche u. europäische Häfen
- » Nutzung europäischer und nationaler Förderinstrumente inkl. spezifischer Programme für den Mittelstand
- » Führende Rolle Deutschlands in europäischer Wasserstoffinitiative
- » Zertifizierungssystem für klimafreundliche Energieträger
- » Wasserstoffkernnetz deutschlandweit bedarfsgerecht industrielle Zentren anbinden
- » Wasserstoffspeicher berücksichtigen
- » Erweiterte Planung mit zusätzlichen Trassen




- » Wasserstoffnutzung realistisch betrachten und kommunizieren
- » Energieintensive KMU bei Wasserstoffversorgung mitdenken
- » Rolle von Wasserstoff nur als Energiequelle wo nicht elektrifiziert werden kann






Kohleausstieg und Strukturwandel

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Festhaltung an beschlossenen Ausstiegspfaden bis spätestens 2038 » Zeitplan des Kohleausstiegs an Zubau steuerbarer Gaskraftwerke anpassen » Ausstehende Berichte aus dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz werden umgehend vorgelegt 	<ul style="list-style-type: none"> » Unterstützen Festhalten am Kohleausstieg, wenn gleichzeitig andere Energiequellen entsprechend ausgebaut werden 	  




Kraft-Wärme-Kopplung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Potenziale langfristig nutzen » KWK Gesetz noch 2025 an Herausforderung einer klimaneutralen Wärmeversorgung, Flexibilität und Kapazitätsmechanismus anpassen 	<ul style="list-style-type: none"> » Potenziale fördern und Vorteile stärker nutzen » KWK Gesetz anpassen 	  




Energieeffizienz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Energieeffizienz als tragende Säule beim Erreichen der Klimaziele » Steuerliche Anreize und Marktsignale » Energieeffizienzgesetz und Energiedienstleistungsgesetz werden novelliert, vereinfacht und auf EU-Recht zurückgeführt » Energieeffizienzziele dürfen Flexibilität des Stromverbrauchs nicht behindern » Technisch unvermeidbare Abwärme diskriminierungsfrei nutzen und Einspeisung in Fernwärmenetze erleichtern 	<ul style="list-style-type: none"> » Energieeffizienz in Unternehmen fördern » Keine Deckelung der Endenergienutzung 	  

Wärme

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Zügige Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie » Investitionen aus Mix von privatem und öffentlichem Kapital » Bundesförderung für effiziente Wärmenetze aufstocken zum Bau von Nah- und Fernwärmenetzen » AVB-Fernwärme-Verordnung und Wärmelieferverordnung überarbeiten » Faire und transparente Preise sichern durch Stärkung der Preisaufsicht 	<ul style="list-style-type: none"> » Wettbewerbsfähige Energiepreise für KMU 	  















Staatsbeteiligungen

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> » Prüfung von strategischen staatlichen Beteiligungen im Energiesektor, auch Netzbetreiber » Staatsbeteiligungen beim Gas auf strategische Anteile zurückführen 	<ul style="list-style-type: none"> » Staat soll sich, wo sinnvoll, beteiligen 	  

Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat

Haushalt, Finanzen und Steuern

Ansprechperson: Jasper Lücke

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Unternehmensteuer und Investitionen I		
» Degressive Abschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025, 2026 und 2027	» Ausweitung der Abschreibungszeiträume » Transformationsabschreibungen von 120 Prozent für digitale und klimafreundliche Investitionen » Nur investierende Unternehmen profitieren	  
Unternehmensteuer und Investitionen II		
» Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt senken, beginnend ab dem 01.01.2028	» Gesamte Unternehmenssteuerbelastung auf 15 Prozent senken » Maßnahme hätte bereits im Jahr 2025 zu Senkung führen müssen	  
Unternehmensteuer und Investitionen III		
» Rechtsformneutrale Besteuerung durch Verbesserung des Optionsmodells nach § 1a KStG und Thesaurierungsbegünstigung nach § 34a EStG	» Steuerliche Belastung sollte nicht von der Rechtsform des Unternehmens abhängen	  
Einkommensteuer I		
» Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen	» Kaufkraft stärken, Leistungsanreize fördern und Solo-Selbstständige und Personengesellschaften entlasten	  
Einkommensteuer II		
» Solidaritätszuschlag bleibt unverändert bestehen	» Solidaritätszuschlag sollte abgeschafft werden	  
Gewerbsteuer		
» Kommunen können Gewerbesteuerhebesätze selbst festlegen » Gewerbesteuer-Mindesthebesatz wird von 200 auf 280 Prozent erhöht	» Praktische Auswirkungen müssen mittelstandsfreundlich sein » 280 Prozent als Mindestsatz unterhalb der aktuell üblichen Hebesätze	  
Globale Mindeststeuer		
» Festhalten an der globalen Mindestbesteuerung	» Globale Mindestbesteuerung schafft Steuergerechtigkeit für standortgebundene KMU	  
Steuerliche Anreize für Mehrarbeit		
» Steuerfreie Überstundenzuschläge	» Bürokratiearme Umsetzung geachtet werden	  
Steuerliche Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten		
» Steuerfreibetrag von 2.000 Euro für Erwerbstätige nach dem Renteneintrittsalter	» Anreize zur Erwerbstätigkeit im Rentenalter, entspricht der Forderung des BVMW	  
Steuerliche Begünstigung von Prämien zur Ausweitung der Arbeitszeit		
» Steuerliche Begünstigung von Prämien zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeit auf dauerhaft an Tarifverträgen orientierte Vollzeit	» Entspricht der Forderung des BVMW	  
Pendlerpauschale		
» Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer zum 01.01.2026	» Geeignete Entlastung für Pendler im ländlichen Raum	  
Finanztransaktionsteuer		
» Unterstützung einer Finanztransaktionsteuer auf europäischer Ebene	» Keine unnötige Belastung der Kapitalströme, führt im schlimmsten Fall zu mehr Steuerbürokratie	  
Stromsteuer		
» Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß » Reduktion der Netzentgelte	» Senkung der Energiepreise grundsätzlich zu begrüßen, insb. durch Abbau staatlicher Abgaben	  

Steuerhinterziehung und -vermeidung

- » Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, u.a. Ausweitung der Telefonüberwachung bei schweren Fällen und Nachschärfung bei Cum-Cum-Geschäften
- » Evaluierung und ggf. Anpassung der bestehenden Regeln zur Registrierkassenpflicht

- » Verspricht höhere Einnahmen des Bundes
- » Nimmt Druck aus der Diskussion über höhere Besteuerung von Unternehmen und Einkommen

**Finanzkontrolle Schwarzarbeit**

- » Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit

- » Bürokratiearme Ausgestaltung nötig

**Steuerbürokratie reduzieren**

- » Steuervereinfachung durch Typisierungen, Vereinfachungen und Pauschalierungen
- » Schrittweise Verpflichtung zur digitalen Abgabe von Steuererklärungen
- » Ausweitung von vorausgefüllten und automatisierten Steuererklärungen
- » Sukzessive Umstellung von Körperschaften und Personengesellschaften auf Selbstveranlagung

- » Vereinfachung des Steuerwesens

**Riester-Rente**

- » Überführung der Riester-Rente in ein neues Vorsorgeprodukt
- » Verzicht auf zwingende Garantien sowie der Reduzierung der Verwaltungs-, Produkt- und Abschlusskosten
- » Prüfung der Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten

- » Geht in die richtige Richtung, deckt sich weitestgehend mit der Position des BVMW

**Geldwäschebekämpfung und Zollfahndung I**

- » Bündelung der Kompetenzen des Bundes im Bereich der Finanzkriminalität
- » Austausch von Informationen zwischen nationalen und internationalen Organisationen verbessern
- » Keine Rechtsgeschäfte mit höherem Volumen als 10.000 Euro ohne mindestens eine ermittelbare, wirtschaftlich berechnete Person

- » Gerechtigkeit für gesetzestreue Bürger und Unternehmen schaffen

**Geldwäschebekämpfung und Zollfahndung II**

- » Schaffung eines Vermögensermittlungsverfahrens mit dem Ziel, erhebliche Vermögenswerte sicherzustellen, deren legaler Erwerb nicht ausgeräumt werden kann
- » Fortentwicklung bestehender Vermögenseinziehungsinstrumente und Erweiterung um ein Einziehungsverfahren für Vermögensgegenstände

- » Ehrliches Geschäft fördern ohne Bürokratielasten zu erhöhen

**Kapitalmarktregulierung I**

- » Engagement für eine einheitliche europäische Finanzregulierung
- » Europäische Kommission soll regelmäßig einen Bericht vorlegen, der die geltende Regulierung vor dem Hintergrund des internationalen Marktgefüges evaluiert

- » Vollendung der Kapitalmarktunion schafft effiziente Finanzmärkte und ist grundsätzlich zu befürworten

**Kapitalmarktregulierung II**

- » Schaffung eines rechtssicheren und wettbewerbsfähigen Rechtsrahmens für Investitionen von Fonds in Infrastruktur und Erneuerbare Energien
- » Erhöhung der Verfügbarkeit von Wagniskapital

- » Mobilisierung von privatem Kapital ist zentral für die Bewältigung des Investitionsstaus

**Bargeld, digitaler Euro und Akzeptanz digitaler Zahlungen I**

- » Grundsätzliches Gebot, Barzahlung und mindestens eine digitale Zahlungsoption anzubieten

- » Digitalisierung im Alltag zu begrüßen
- » Technologische Wahlfreiheit begünstigt praxisgerechte Einführung



Bargeld, digitaler Euro und Akzeptanz digitaler Zahlungen II

» Unterstützung des digitalen Euro	» Kann ein sicheres, staatlich garantiertes Zahlungsmittel sein » Verpflichtende Akzeptanz, falls vorgesehen, wäre abzulehnen	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
------------------------------------	--	--

Altmittel nationale Bankenabgabe

» Zwei Milliarden Euro aus Altmitteln der Bankenabgabe fließen in einen neuen Mittelstand-Fonds » Mobilisierung von zehn Milliarden Euro durch Hebelungen » Soll großen, nicht börsennotierten Mittelständlern zugutekommen, die in digitale und klimaneutrale Transformation investieren	» Positiver Impuls für Investitionen in die Transformation » Ausrichtung auf den Mittelstand besonders zu begrüßen	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Europäische Bankenunion

» Weiterentwicklung der Banken- und Kapitalmarktunion » Konsequente Berücksichtigung der Belange kleiner Banken und Sparkassen » Ablehnung vergemeinschafteter europäischer Einlagensicherung (EDIS)	» Vollendung des Binnenmarkts im Bankenbereich ist grundsätzlich zu befürworten, Berücksichtigung kleiner Banken bei der Umsetzung auch	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

Reform Schuldenbremse

» Einsetzung einer Expertenkommission unter Beteiligung des Deutschen Bundestages, die einen Reformvorschlag formuliert » Abschluss der Gesetzgebung bis Ende 2025	» Abschließende Bewertung hängt vom Ergebnis ab » Sollte auf Investitionen ausgerichtet sein, nicht auf konsumtive Ausgaben	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Grundsätze der Haushaltspolitik

» Alle Ausgaben des Koalitionsvertrags unter Finanzierungsvorbehalt » Solide und generationengerechte Staatsfinanzen als Grundlage für Zukunftsfähigkeit » Förderprogramme, Subventionen und staatliche Aufgaben auf Notwendigkeit und Wirkung prüfen	» Finanzierungsvorbehalt untergräbt Verlässlichkeit, was Planung und Investitionen für KMU erschwert » Angekündigte Aufgaben- und Ausgabenkritik kann sinnvoll sein, muss aber gezielt ansetzen und dürfen nicht zulasten des Mittelstands gehen	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Sondervermögen Infrastruktur

» 500 Milliarden Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität » Drittel des Volumens ist für Länder und Kommunen vorgesehen » Vereinfachung und Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Vergabe	» Sondervermögen für Infrastruktur kann sinnvoll sein, wenn es zügig wirkt und kommunale sowie regionale Wertschöpfung stärkt » Klare Abgrenzung zu konsumtiven Ausgaben und verbindliche Erfolgskontrolle sind entscheidend	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--




Haushaltskonsolidierung

» Reduzierung aller sächlichen Verwaltungsausgaben aller Einzelpläne mit dem Ziel des Abbaus von zehn Prozent bis 2029 » Stellenabbau in der Bundesverwaltung um acht Prozent bis 2029 » Reduzierung der Ausgaben für externe Berater » Halbierung der Beauftragten des Bundes » Einsparungen bei Förderprogrammen » Kürzung bei freiwilligen Beiträgen zu internationalen Organisationen	» Grundsätzlich zu begrüßen, einzig fraglich ist die Kürzung bei Förderprogrammen	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--




Sanierung des Klima- und Transformationsfonds (KTF)

» Stärkere Ausrichtung auf CO ₂ -Vermeidung und sozialen Ausgleich » Streichung von Kleinstprogrammen mit geringem Fördervolumen » Einnahmen aus der CO ₂ -Bepreisung gehen durch Strompreis-Entlastung und Investitionsförderung zurück in den Privatsektor	» Auch wenn Entbürokratisierung zu begrüßen ist, betrifft die Streichung von Kleinstprogrammen möglicherweise vor allem Investitionsförderung von KMU » Rückführung der Einnahmen der CO ₂ -Bepreisung in Form von Strompreissenkung und Investitionsförderung ist folgerichtig	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--




Verschlingung Förderwesen

<ul style="list-style-type: none"> » Mehr pauschale Mittelzuweisungen, weniger kleinteilige Nachweispflichten » Mehr Eigenverantwortung für Länder und Kommunen 	<ul style="list-style-type: none"> » Weniger Bürokratie und mehr pauschale Förderung sind richtig, wenn KMU dadurch einfacher und schneller Zugang zu Fördergeldern erhalten » Vertrauen in die Umsetzung vor Ort kann sinnvoll sein 	  
---	--	---




Sondervermögen

<ul style="list-style-type: none"> » Notwendigkeit der bestehenden Sondervermögen überprüfen, ggf. Überführung in den Bundeshaushalt 	<ul style="list-style-type: none"> » Praxis der Sondervermögen macht Haushaltspolitik unübersichtlich » Konsolidierung von Sonderposten entsprechend sinnvoll 	  
---	---	---

Strategische Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios des Bundes















<ul style="list-style-type: none"> » Gezielte Stärkung von Krisenvorsorge, Versorgungssicherheit und sicherheitspolitischen Interessen » Prüfung von staatlichen Beteiligungen im Rüstungs- und Energiesektor 	<ul style="list-style-type: none"> » Staatliche Beteiligungen sollten kein privatwirtschaftliches Engagement verdrängen » Klare Grenzen staatlicher Eingriffe im Energiesektor, um Marktdynamik nicht zu gefährden 	  
---	--	---

Zukunftspakt Bund, Länder und Kommunen

<ul style="list-style-type: none"> » Angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen für kommunale Aufgaben » Gesetze, die Kommunen betreffen, sollen stärker mit den kommunalen Spitzenverbänden abgesprochen werden 	<ul style="list-style-type: none"> » Sicherstellung der Finanzierung kommunaler Verwaltung 	  
--	---	---

Bürokratierückbau und Staatsmodernisierung

Ansprechperson: Jasper Lücke

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Digitale Verwaltung mit antragslosen Verfahren		
<ul style="list-style-type: none"> » Bereitstellung einer EUDI-Wallet für Bürger und Unternehmen für Identifikation, Authentifizierung und Zahlungen, spezielle Zugänge für Unternehmen und Selbständige » Unternehmensgründungen sollen innerhalb von 24 Stunden möglich sein 	<ul style="list-style-type: none"> » Teil der Umsetzung des Once-Only-Prinzips, sehr zu begrüßen » Unternehmensgründungen in 24 Stunden als zeitgemäße Frist 	  
Verwaltungskonsolidierung – Aufgabenkritik, Personaleinsparungen und Verwaltungsreform		
<ul style="list-style-type: none"> » Überprüfung aller Aufgaben, Institutionen und Behörden für klarere Prioritäten, und effizientere Verwaltung » Personalbestand in Ministerien und Behörden soll bis 2029 um acht Prozent sinken; Halbierung der Bundesbeauftragten » Reduktion der Bundesbehörden durch Zusammenlegen, Einschränkung der externen Beratung 	<ul style="list-style-type: none"> » Effizienzsteigerung und Abbau von Doppelstrukturen sind grundsätzlich richtig » Personalkürzungen sollten mit Digitalisierung einhergehen, sonst drohen längere Verfahren für KMU 	  
Kulturwandel und moderne Führung		
<ul style="list-style-type: none"> » (u.a.) mehr Hospitationen öffentlicher Angestellter im privaten Sektor, um Praxisnähe zu fördern 	<ul style="list-style-type: none"> » Hospitationen als erster Schritt, um mehr Verständnis für die Auswirkungen der Verwaltung auf die unternehmerische Praxis zu fördern 	  
Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts		
<ul style="list-style-type: none"> » (u.a.) Flexibilisierung des Zugangs zum öffentlichen Dienst durch geöffnete Laufbahnen, erleichterte Wechsel und Anerkennung vielfältiger Qualifikationen 	<ul style="list-style-type: none"> » Öffnung des öffentlichen Diensts kann helfen, dass Menschen mit Praxiswissen aus der Wirtschaft in die Verwaltung kommen 	  
Offeneres Datennutzungsverständnis der Verwaltung und Anwendung von KI		
<ul style="list-style-type: none"> » Abbau von Hürden bei Datennutzung und -verknüpfung » Automatisierung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen durch KI 	<ul style="list-style-type: none"> » Kann die Verwaltung spürbar entlasten und Verfahren beschleunigen 	  

Gute Gesetzgebung

<ul style="list-style-type: none"> » Streichen überflüssiger Regelungen » Durchführung von Praxischecks bei neuer Gesetzgebung » Angemessene Fristen zur Beteiligung betroffener (mind. vier Wochen) 	<ul style="list-style-type: none"> » Praxischecks als vielversprechendes Instrument zum Abbau von Bürokratie » Vierwöchige Frist zur Beteiligung Betroffener gewährleistet Einbindung auch mittelständischer Perspektiven im Gesetzgebungsprozess 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Experimentierklauseln stärken

<ul style="list-style-type: none"> » Gesetze sollen Experimentierklauseln enthalten, um regionale Ausnahmen und Erprobungen zu ermöglichen » Gezielte Nutzung von Reallaboren zur Förderung von Innovationen » Vorbereitung eines „Bundesexperimentiergesetzes“ 	<ul style="list-style-type: none"> » Experimentierklauseln sind sinnvoll, wenn sie Spielräume für praxisnahe Erprobung schaffen » Zugang mittelständischer Unternehmen zu Reallaboren von fundamentaler Wichtigkeit 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

Sofortprogramm für den Bürokratierückbau I

<ul style="list-style-type: none"> » Sofortprogramm bis Ende 2025, insbesondere mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen » Verpflichtungen zur Bestellung von Betriebsbeauftragten abbauen » Reduktion des Aufwands für Schulungen, Weiterbildungen und Dokumentationen 	<ul style="list-style-type: none"> » Reduktion des Bürokratieaufwands ist absolut notwendig » Fokus auf KMU ist zu begrüßen 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Sofortprogramm für den Bürokratierückbau II

<ul style="list-style-type: none"> » Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) » Unterstützung der europäischen Omnibus-Initiative zum Abbau von Berichtspflichten durch EU-Gesetzgebung 	<ul style="list-style-type: none"> » Aufhebung von deutschen und europäischen Berichtspflichten ist zentrale Säule des Bürokratieabbaus 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Infrastruktur-Zukunftsgesetz

<ul style="list-style-type: none"> » Konkretes Gesetz zur Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs-, Beschaffungs- und Vergabeverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> » Grundsätzlich zu begrüßen, Ausgestaltung ist nicht konkreter benannt und unklar 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

25-Prozent-Abbauziel und Bürokratierückbaugesetze

<ul style="list-style-type: none"> » Bürokratiekosten für die Wirtschaft sollen um 25 Prozent gesenkt werden » Jedes Bundesressort soll Entlastung schaffen » Instrumente: Schwellenwerterhöhungen, Ermessensspielräume, Genehmigungsfiktionen, Stichtagsregelungen und Bagatellgrenzen 	<ul style="list-style-type: none"> » Bürokratierückbau ist richtig und überfällig » Umsetzung sollte konsequent, transparent und messbar erfolgen 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

Stärkung der Bürokratiebremse

<ul style="list-style-type: none"> » Streichung von Ausnahmen und Berücksichtigung von EU-Gesetzgebung bei der „one in, one out“-Regel, Weiterentwicklung zu „one in, two out“-Regel 	<ul style="list-style-type: none"> » Berücksichtigung europäischer Gesetzgebung ist längst überfällig 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Normenkontrollrat stärken

<ul style="list-style-type: none"> » Verlagerung des NKR in das Bundeskanzleramt » Berücksichtigung der Bürokratielast durch untergesetzliche Vorschriften » Stärkere Einbeziehung in Gesetzgebungsprozesse 	<ul style="list-style-type: none"> » NKR sollte echten Einfluss erhalten, Verlagerung in das Bundeskanzleramt kann sinnvoller Schritt sein » Berücksichtigung untergesetzlicher Regelungen ist überfällig 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--




Wir identifizieren Bürokratie

<ul style="list-style-type: none"> » Einführung eines Bürgerportals, auf dem Bürger und Unternehmen bürokratische Hürden und Verbesserungsvorschläge einreichen können 	<ul style="list-style-type: none"> » Kann sinnvoll sein, wenn die Vorschläge tatsächlich berücksichtigt werden 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--




Vertrauen statt Regulierung und Kontrolle

<ul style="list-style-type: none"> » Mehr Sanktionierung von Verstößen statt Nachweispflichten » Reduktion von Statistikpflichten, Datenerhebungen und Meldungen » Abbau von Doppelstrukturen bei Statistikämtern 	<ul style="list-style-type: none"> » Grundsatz von weniger Meldepflichten ist zu begrüßen » Sanktionierungen sollten nicht zu präventiver „Übererfüllung“ von Vorschriften führen 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--




Unbürokratischer Förderlandschaft des Bundes

<ul style="list-style-type: none"> » Ersatz von Antragsförderungen durch Pauschalen » Standardisierte und elektronische Bearbeitung von Fördermaßnahmen » Einführung einer zentralen Förderplattform des Bundes 	<ul style="list-style-type: none"> » Maßnahmen grundsätzlich zu begrüßen 	  
--	---	---




EU-Bürokratierückbau durch Bundesregierung

<ul style="list-style-type: none"> » Aktiver Einsatz der Bundesregierung für Bürokratieabbau auf EU-Ebene » Entschärfung und/oder Verhinderung von EU-Vorhaben wie z.B. der Entwaldungsverordnung 	<ul style="list-style-type: none"> » Viel Bürokratie kommt von der EU, Einsatz der Bundesregierung dagegen ist richtig 	  
---	---	---




Bürokratiearme EU-Recht-Umsetzung

<ul style="list-style-type: none"> » Verzicht auf „Gold-Plating“ von EU-Gesetzgebung und Doppelregulierung 	<ul style="list-style-type: none"> » Vermeidung der Übererfüllung von EU-Richtlinien ist richtig 	  
---	---	---




Digitalisierung der Justiz

<ul style="list-style-type: none"> » Medienbruchfreie Digitalisierung durch einheitliche Standards » Justizportal mit digitalen Bürgerservices wie Rechtsantragsstellen, Vollstreckungsregister und Zugang für kleine Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> » Wichtiger Schritt für effizientere Verfahren, von denen KMU unmittelbar profitieren können 	  
---	--	---




Vereinfachung des Vergaberechts und strategisches Beschaffungsmanagement

<ul style="list-style-type: none"> » Vereinfachung, Beschleunigung und Digitalisierung des Vergaberechts » Vereinheitlichung von Schwellenwerten für Direkt- und freihändige Vergaben 	<ul style="list-style-type: none"> » Grundsätzlich zu begrüßen, Ausgestaltung unklar » Vereinheitlichung von Schwellenwerten erleichtert regionsübergreifende Wahrnehmung von Aufträgen 	  
---	---	---




Wertgrenzen Direktaufträge

<ul style="list-style-type: none"> » Anhebung der Wertgrenzen bei Direktaufträgen auf 50.000 Euro und auf 100.000 Euro für Start-ups mit innovativen Leitungen innerhalb der ersten vier Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> » Vereinfacht Vergabeverfahren, ist zu begrüßen 	  
---	---	---




Öffentliches Beschaffungswesen

<ul style="list-style-type: none"> » Bieter sollen ihre Eignung bürokratiearm, digital und mittelstandsfreundlich nachweisen können 	<ul style="list-style-type: none"> » Vereinfacht Vergabeverfahren, ist zu begrüßen » Ausgestaltung unklar 	  
--	---	---




Once-Only – keine Mehrfacherhebung von Daten

<ul style="list-style-type: none"> » Einführung eines Doppelerhebungsverbots und Verpflichtungen zum Datenaustausch in der Verwaltung » Vorantreiben der Registermodernisierung 	<ul style="list-style-type: none"> » Setzt Forderung des Once-Only-Prinzips des BVMW um 	  
---	--	---




Datenschutz entbürokratisieren

<ul style="list-style-type: none"> » Einwilligungspflichten im staatlichen Bereich sollen durch unbürokratische Widerspruchslösungen ersetzt werden » Vereinfachte Regeln u.a. für KMU bei Datenverarbeitungen 	<ul style="list-style-type: none"> » Vereinfachung und Betonung der Mittelstandsfreundlichkeit ist zu begrüßen 	  
--	---	---

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

<ul style="list-style-type: none"> » Umsetzung des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung innerhalb der ersten zwei Jahre » Erweiterung von Stichtagsregelungen, Einführung von Genehmigungsfiktionen 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht den Forderungen des BVMW 	  
--	---	---

Vereinfachung Infrastrukturvorhaben

<ul style="list-style-type: none"> » Reform des Verbandsklagerechts, Ausrichtung auf tatsächliche Betroffenheit » Herabsenkung auf das europäische Mindestmaß » Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) innerhalb der Grenzen des EU-Rechts vereinfachen 	<ul style="list-style-type: none"> » Erhöht die Planungssicherheit für KMU bei Infrastrukturvorhaben 	  
---	---	---

Digitales

Ansprechperson: Marina Hadrys

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Digitalpolitik ist Wirtschaftspolitik		
<ul style="list-style-type: none"> » Verbesserte Bedingungen für anwendungsorientierte Forschung, Gründung und Transfer » Ausbau der Rechenkapazitäten » Anhebung der Datenschätze » Attraktivitätssteigerung für Talente und IT-Spitzenkräfte 	<ul style="list-style-type: none"> » Innovationen marktorientiert fördern » Stärkere Einbindung des Mittelstandes » Stärkung Deutschlands als attraktiven Standort » Fachkräftebindung 	  
Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik		
<ul style="list-style-type: none"> » Stärkung digitaler Kompetenzen der Menschen » Digital souveräner Staat 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht den Forderungen des BVMW, hier fehlen allerdings konkrete Maßnahmen 	  
Deutschland digital, vernetzt und resilient		
<ul style="list-style-type: none"> » Verwaltung: Digital Only » Abbau digitaler Abhängigkeiten durch Entwicklung von Schlüsseltechnologien, Sicherung von Standards sowie Schutz und Ausbau digitaler Infrastrukturen » Interoperabler und europäisch anschlussfähiger Deutschland-Stack » Prüfung europäischer Anbieter » Realisierung der Deutschen Verwaltungscld (DVC) 	<ul style="list-style-type: none"> » Digitaler Staat und moderne Verwaltung » Bürokratieabbau » Flächendeckende digitale Infrastruktur » Stärkung der deutschen und europäischen digitalen Souveränität 	  
Wir sorgen für unsere digitale Souveränität		
<ul style="list-style-type: none"> » Definition von Schnittstellen, offenen Standards und Zielen von Open Source » Datendoppelerhebungsverbots (Once-Only) » Generalklausel zur Abschaffung der Schriftform-erfordernisse (wo möglich) » Praxistauglichkeitstests, digitale Prozesse 	<ul style="list-style-type: none"> » Bürokratieabbau » Schlanke Prozesse, moderne Strukturen, Transparenz sowie digitale Kommunikationswege und Angebote 	  
Resilienz stärken		
<ul style="list-style-type: none"> » Resilienzstärkung durch IT-Sicherheit » Öffentliche IT-Sicherheit wird durch Notfallmanagement und präventive Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen verbessert 	<ul style="list-style-type: none"> » Beratung zur Cybersicherheit und Schutzmaßnahmen für kleinen und mittleren Unternehmen » Förderung von IT-Sicherheit durch finanzielle Anreize 	  
Deutschland als Rechenzentrumsstandort		
<ul style="list-style-type: none"> » Stärkung des Rechenzentrumstandort Deutschlands durch Unterstützung von Clustern und regionalen Ansiedlungen » Praxisnahe Auslegung oder Novellierung der betreffenden Vorschriften zum Auf- und Ausbau von Rechenzentren 	<ul style="list-style-type: none"> » Barrierefreier Zugang zu Schlüsseltechnologien 	  
Digitale Infrastruktur		
<ul style="list-style-type: none"> » flächendeckender Glasfaserausbau FTTH » „Markt vor Staat“ » Förderprogramm für nicht-marktgetriebenen Mobilfunk- und Glasfaserausbau » Einführung digitaler Antragsstrecken, um Ausbauhindernisse und Bürokratie abzubauen » Kontinuierliche Erhöhung der Mindestanforderungen an Breitbandanschlüsse und Kupfer-Glasfaser-Migration 	<ul style="list-style-type: none"> » Schnelleren, flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur 	  
Gesellschaft – digital kompetent, selbstbestimmt und inklusiv		
<ul style="list-style-type: none"> » Start einer altersübergreifenden digitalen Kompetenz-offensive durch Nutzung von Start-ups und Wirtschaft » Stärkere digitale Barrierefreiheit 	<ul style="list-style-type: none"> » Digitale Bildung für alle Lebensphasen 	  

Wirtschaft – Wachstum von Morgen mit Daten und Künstlicher Intelligenz

<ul style="list-style-type: none"> » Deutschland soll Digitalstandort mit starkem digitalen Ökosystem werden » Unterstützung des Technologietransfers von Hochschulen in die Wirtschaft, von Start-ups in Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> » Grundsätzlich zu begrüßen, die Ausgestaltung bleibt unklar 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Kultur der Datennutzung und des Datenteilens

<ul style="list-style-type: none"> » Etablierung einer Kultur der Datennutzung und des Datenteilens » Beseitigung von Rechtsunsicherheiten, Anhebung von Datenschätzen, Förderung von Daten-Ökosystemen, Datensouveränität » Zusammenfassung der Regelwerke in einem Datengesetzbuch 	<ul style="list-style-type: none"> » Rechtssicherheit und Bürokratieabbau » Klare Regeln und geringe Einstiegshürden 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Reform des Datenschutzes

<ul style="list-style-type: none"> » Kohärenter Datenschutz mit einheitlicher Auslegung » Verankerung der Datenschutzkonferenz (DSK) in Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) (gemeinsame Standards) » Bündelung der Zuständigkeiten und Kompetenzen bei der Bundesdatenschutzbeauftragten wird angestrebt: Bundesbeauftragte für Datennutzung, Datenschutz und Informationsfreiheit 	<ul style="list-style-type: none"> » Datenschutz darf nicht innovationshemmend sein » Entbürokratisierung der DSGVO » Rechtssicherheit 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

Spitzenstandort für Zukunftstechnologien

<ul style="list-style-type: none"> » Förderung und Nutzung von Schlüsseltechnologien wie KI, Quantencomputing und Robotik » Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen u.a. durch KI-Reallabore » Innovationsfreundliche und bürokratiearme Umsetzung des AI-Acts ohne Zersplitterung der Marktaufsicht » Anpassung der europäischen Digitalrechtsakte » Errichtung einer zentralen Servicestelle für Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht den Forderungen des BVMW 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Gemeinsam – starkes Deutschland mit EU- und internationalen Partnern

<ul style="list-style-type: none"> » Konsequente Durchsetzung der EU-Plattformgesetze » Einführung einer verpflichtenden Identifizierung von Bots 	<ul style="list-style-type: none"> » Zukunftsorientierte und effiziente Umsetzung der EU-Digitalgesetze » Schutz der digitalen Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen » Keine Überregulierung 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Bildung, Forschung und Innovation

Ansprechpersonen: Marina Hadrys, Martin Holderied

Vorhaben laut Koalitionsvertrag**Position des BVMW****Bewertung****Übergänge und Berufsorientierung**

<ul style="list-style-type: none"> » Ausbau und digitale Verzahnung der Berufsorientierungsprogramme » Frühe Berufswegeplanung mit Jugendberufsagenturen stärken » Gesetzliche Basis für datengestützte Berufsberatung schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> » Maßnahmen, die die Berufsorientierung fördern und die berufliche Ausbildung stärken, werden begrüßt 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

Gleichwertigkeit

<ul style="list-style-type: none"> » Stärkung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung durch Verrechtlichung des DQR » Fortführen der Allianz für Aus- und Weiterbildung 	<ul style="list-style-type: none"> » Dies entspricht den Forderungen des BVMW 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Aufstiege durch Fort- und Weiterbildung

<ul style="list-style-type: none"> » Attraktivere und unbürokratischere Ausgestaltung des Aufstiegs-BAföG » Einstieg in die Gebührenfreiheit von Aufstiegsfortbildungen und Einführung von Unterstützungsinstrumenten für Teilzeitmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> » Grundsätzlich entspricht dies den Positionen des BVMW. Inwieweit sich diese Maßnahmen finanzieren lassen, bleibt jedoch offen. Die Politik muss sich der Bedeutung der Weiterbildung klar werden und diese auch offiziell als vierte Säule des Bildungssystems definieren 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Stärkung Beschäftigungsfähigkeit

<ul style="list-style-type: none"> » Stärkung der modularen und Abschlussorientierten Weiterbildung sowie Teilqualifizierungen 	<ul style="list-style-type: none"> » Hier folgt der Koalitionsvertrag den Forderungen des BVMW 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Weiterbildungsinitiative

<ul style="list-style-type: none"> » Digitalpakt Weiterbildung und Förderprogramm digitale Teilhabe » Weiterentwicklung von lebensbegleitendem Lernen » Fortsetzung der Weiterbildungsstrategie mit Schwerpunkt auf Transparenz von Zertifikaten » Stärkung betrieblicher Weiterbildung 	<ul style="list-style-type: none"> » Auch hier folgt der Koalitionsvertrag den Forderungen des BVMW 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

DigitalPakt 2.0

<ul style="list-style-type: none"> » Anwendungsorientierte Lehrkräftebildung, digitalisierungsbezogene Schul- und Unterrichtsentwicklung, selbst-adaptive, KI-gestützte Lernsysteme 	<ul style="list-style-type: none"> » Lebensbegleitende digitale Bildung » Fortsetzung des DigitalPakts Schule » Fokus auf Ausstattung mit Endgeräten sowie der Gestaltung didaktischer Konzepte 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	--	--

Forschungs- und Innovationsförderung

<ul style="list-style-type: none"> » Hightech Agenda für Deutschland » Staat als Ankerkunde und Förderprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> » Globalen Wettbewerb um Technologieführerschaft annehmen » Einbindung des Mittelstands und nicht nur großer Unternehmen 	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Stärkung und Beschleunigung des Transfers

<ul style="list-style-type: none"> » Dachmarke: „Initiative Forschung und Anwendung“ » ZIM, IGF, INNO-KOM » Transferbooster » Deutsche Anwendungsforschungsgemeinschaft » Ausbau Förderprogramme WIR und RUBIN 	<ul style="list-style-type: none"> » Wirtschaftsorientierte Förderprogramme im Bundeswirtschaftsministerium mit etablierten Prozessen belassen » Zentrale Förderprogramme des Mittelstandes erhalten und an moderne Arbeitswelt anpassen » Öffnung von hochschulzentrierten Förderprogrammen für den Mittelstand 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

Innovationsfreiheitsgesetz

<ul style="list-style-type: none"> » Entfesselung von kleinteiliger Förderbürokratie: Bereichsausnahmen für Forschung im Umsatzsteuergesetz, Überprüfung ähnlicher Ausnahmen im Vergaberecht » Flexiblere Bewirtschaftung von Projektmitteln und Verschlankung der Steuerungssystematik der Projektträger » Forschungsdatengesetz » Nationale IP-Strategie (geistigem Einkommen) » Ausgründungen innerhalb 24 Stunden aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen » Agentur SPRIND fördert weiterhin Sprunginnovationen 	<ul style="list-style-type: none"> » Unbürokratische Fördermittelverwendung und praxisnahe Berichtspflichten » Berücksichtigung und Zugang von mittelständischen Unternehmen 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Entrepreneurship

<ul style="list-style-type: none"> » Zukunftsfonds II mit starkem Fokus auf Ausgründungen und Wachstum im Deep-Tech-Bereich und Biotech » Ergänzung Entrepreneurship Education als Ziel im Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) 	<ul style="list-style-type: none"> » Berücksichtigung und Zugang von mittelständischen Unternehmen » Nachwuchsförderung in Zusammenarbeit mit Unternehmen 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--
















Verlässlichkeit und Planbarkeit der Forschungsförderung

<ul style="list-style-type: none"> » Aufwendung von jährlich 3,5 % des BIP für Forschung und Entwicklung durch Staat und Wirtschaft » Dynamisierte Fortschreibung des PFI bis 2028 » Anhebung des Fördersatzes und der Bemessungsgrundlage der steuerlichen Forschungszulage inkl. Verfahrensvereinfachung 	<ul style="list-style-type: none"> » Öffnung PFI für Mittelstand » Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf Sach- und Materialkosten » Vereinfachung des Verfahrens 	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration

Recht





Ansprechperson: Jasper Lücke

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Smart Contracts		
<ul style="list-style-type: none"> » Geltendmachung von Entschädigungs- oder Ausgleichszahlungen soll, wenn die Kundendaten bereits vorliegen, digital möglich werden » Automatisierte Auszahlung bei einfach gelagerten Fällen (z.B. Ticketpreise) 	<ul style="list-style-type: none"> » Vollständige oder teilautomatisierte Entschädigungen können sinnvoll sein, wenn sie Zeit und Aufwand sparen 	  
Abbau von Formerfordernissen		
<ul style="list-style-type: none"> » Vereinfachung und Anpassung an die aktuellen technischen Möglichkeiten der Formvorschriften nach §§ 126 ff. 	<ul style="list-style-type: none"> » Unnötige Formerfordernisse abbauen 	  
Reform des AGB-Rechts		
<ul style="list-style-type: none"> » AGB-Recht im B2B-Bereich soll reformiert werden, um große Kapitalgesellschaften bei Vertragsabschlüssen untereinander zu entlasten » Privatautonomie soll gestärkt werden 	<ul style="list-style-type: none"> » Stärkung der Privatautonomie ist grundsätzlich nachvollziehbar » Darf nicht dazu führen, dass mittelständische Unternehmen in Verträgen mit Großkonzernen strukturell benachteiligt werden 	  
Gesellschaft mit gebundenem Vermögen		
<ul style="list-style-type: none"> » Einführung einer neuen, eigenständigen Rechtsform „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ » Merkmale: unabänderliche Vermögensbindung und die Teilhabe nach mitgliedschaftlicher Logik ohne steuerliche Privilegierungen oder Diskriminierungen 	<ul style="list-style-type: none"> » Entspricht der Position des BVMW 	  
Staatshaftung		
<ul style="list-style-type: none"> » Prüfung der Einführung eines Staatshaftungsgesetzes (= Gesetz, das Staatshaftung regelt, wenn z.B. ein Unternehmen durch rechtswidrigen Verwaltungsakt wirtschaftlichen Schaden erleidet – basiert bisher auf Richterrecht) 	<ul style="list-style-type: none"> » Staatshaftungsgesetz kann Rechtssicherheit für den Mittelstand schaffen » Wichtig ist eine praxistaugliche Ausgestaltung, die KMU unkomplizierte Anträge ermöglicht 	  

Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie


Familien, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie

Ansprechperson: Martin Holderied

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Elterngeld		
<ul style="list-style-type: none"> » Weiterentwicklung des Elterngelds mit mehr Anreizen für Partnerschaftlichkeit. » Einkommensgrenzen und Höchstbetrag sollen erhöht werden » Flexibilisierung der Berechnungsgrundlage für Selbstständige. 	<ul style="list-style-type: none"> » Eine Weiterentwicklung des Elterngeldes (auch für Selbstständige) kann zu einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen beitragen. Jedoch ist zweifelhaft, ob dies angesichts der finanziellen Lage darstellbar ist 	
Gleichstellungsstrategie		
<ul style="list-style-type: none"> » Bürokratiearme Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie in deutsches Recht 	<ul style="list-style-type: none"> » Trotz ihres hehren Zieles steckt hinter der EU-Entgelttransparenzrichtlinie viel potenzielle Bürokratie für KMU. Hier wird der Gesetzgeber Fingerspitzengefühl beweisen müssen 	
Mutterschutz für Selbstständige		
<ul style="list-style-type: none"> » Mutterschutz für Selbstständige soll analog zu den Mutterschutzfristen für Beschäftigte gestaltet werden » Prüfung umlagefinanzierter Instrumente 	<ul style="list-style-type: none"> » Der BVMW fordert seit langem die Angleichung des Mutterschutzes für Selbstständige. Dass umlagefinanzierte Instrumente jedoch erst geprüft werden müssen, ist enttäuschend 	
Pflege von Angehörigen		
<ul style="list-style-type: none"> » Es wird angestrebt das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz zusammenzuführen » Prüfung, wie ein Familiengeld eingeführt werden kann 	<ul style="list-style-type: none"> » Die Doppelbelastung Pflege und Beruf wird zur Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Angesichts des demographischen Wandels, muss hier schnell gehandelt und nicht nur geprüft werden 	

Gesundheit und Pflege

Ansprechperson: Martin Holderied

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Stabilisierung der Beitragssätze der GKV und PV		
<ul style="list-style-type: none"> » Einsetzen einer Kommission, die eruieren soll, wie Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig stabilisiert werden können » Eine Kommission soll auch zur Zukunft der Pflegeversicherung eingesetzt werden 	<ul style="list-style-type: none"> » Entschlossenes Handeln der Politik gefordert, um Lohnzusatzkosten zu senken und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu gewährleisten. 	

Kontakt

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Bereich Volkswirtschaft
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: + 49 30 533206-0
Telefax: +49 30 533206-50
E-Mail: volkswirtschaft@bvmw.de
Social Media: @BVMWeV

Der Mittelstand. BVMW e. V. ist ein freiwillig organisierter Unternehmerverband und vertritt rund 30.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes organisieren mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.